

Rheinische Volkszeitung

Wiesbadener Volksblatt

Telegr.-Adr.: Volkszeitung Wiesbaden

Mittwoch

6
August

Fernsprecher: 6030 Amt Wiesbaden

Mit religiösem Sonntagsblatt

Die „Rheinische Volkszeitung“ erscheint täglich vormittags 11 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen, in Wiesbaden, Friedrichstraße 30. Zweig-Verkaufsstellen in Detteln (Otto Eichen), Marktstraße 9 und Eltville (B. Fobitz-Witten), Ecke Gutenberg- und Taunusstraße.

Verantwortlich: Für Politik und Redaktion: Dr. phil. Franz Giesecke; für den redaktionellen Teil: Julius Eichen; für Geschäftsbesorgung und den Anzeigen: H. J. Dahmen; Verlag: Hermann Rauch in Wiesbaden.

Bezugspreis für das Vierteljahr 4.50 Mk., für den Monat 1.50 Mk., frei ins Haus; durch die Post für das Vierteljahr 4.92 Mk., monatlich 1.64 Mk. mit Beleggeld, für Abnehmer monatlich 15 bzw. 14, vierteljährlich 45 bzw. 42 Pfg. billiger. — Anzeigenpreis: 35 Pfg. für die kleine Zeile, für ausm. Anzeigen 40 Pfg., Reklamazeile 2.00 Mk.; bei Wiederholungen entfällt Nachsch. Schluss der Anzeigenannahme: für größere Anzeigen Donnerstag 4, für kleinere Anzeigen Donnerstag 6 Uhr. Postfach-Konto: Nr. 1632 beim Postamt Frankfurt a. M.

37. Jahrgang

Wohnungsnot

* Die Wohnungsnot wächst sich in Deutschland mit jedem Tage zu einer größeren Notwendigkeit aus. Was jetzt eingetreten ist, übertrifft niemand. Wir leben hier die Folgen des Krieges, der Werte vernichtet, ohne gleichzeitig neue Werte zu schaffen. Es geht genau wie in der Zeit nach 1871. Auch damals waren Tausende von Familien obdachlos, auch damals wussten Hunderttausende nicht, wohin sie des Abends nach des Tages Last und Hitze ihr müdes Haupt legen sollten. Heimkehrende Landwehrmänner fanden sich in großer Zahl mit ihren Familien in verfallenen Wohnhäusern, zu dessen Überwindung ein ganzes Jahrhundert notwendig war. Nichts aber ist für eine Familie fürchterlicher, als wenn sie für das gemeinsame Leben kein Obdach finden kann. Die Erfahrung bei allen Kriegen bestätigt, dass Wohnungsnot zu einer Quelle verhängnisvoller Erbitterung wird. Es gibt keine Stadt und keinen Bezirk im ganzen Deutschen Reich, aus denen nicht die gleiche Mitteilung erfolgt: Der Krieg wird gewartet. Die hauspolizeilichen Vorschriften der guten alten Zeit, die vielleicht zu sehr über das Ziel hinausgeschossen, sind längst außer Kraft gesetzt. Jeder freie Raum ist für Familien verfügbar gemacht worden. Manche Städte zwingen die Willensbesitzer, Räume freizugeben, um so Obdachlose unterzubringen. Trotzdem ist das Übel noch lange nicht beseitigt. Während der fünf Kriegsjahre wurde wenig oder gar nicht gebaut, so daß wir einen Ersatz für die in dieser Zeit abgebrochenen Häuser nicht haben. Die Zahl der Familien hat sich trotz harter Abnahme der Bevölkerung erheblich vermehrt. Nun kommt hinzu, daß aus den Grenzgebieten und aus dem Ausland mit Ende des Krieges viele Bewohner nach dem Inneren Deutschlands zurückgekehrt sind, infolgedessen nahm die Nachfrage nach Wohnungen stark zu. Im besetzten Gebiet verlangen die Besatzungsbehörden Dienst- und Wohnraum. Häuser aber kann man nicht aus der Erde stampfen; man kann es um so weniger, wenn das Rohmaterial überhaupt nicht oder nur im beschränkten Maße zur Verfügung steht. Zu guter Letzt macht die Preisfrage im gegenwärtigen Augenblick eine schnelle Lösung der Krise unmöglich. Die Herstellungskosten eines Hauses verschlingen heute rund das Dreifache gegen früher, wobei die schlechtere Qualität der inneren und äußeren Ausstattung noch gar nicht berücksichtigt ist. Das Privatkapital kann sich darum in dem Baugewerbe überhaupt nicht beteiligen. Die Herstellung von Wohnungen ist nur möglich, wenn Reich, Staat und Gemeinden reichliche Zuschüsse bereit stellen. Da nun der öffentliche Haushalt sowieso nicht weiß, wie er die Mittel herbeischaffen solle, ist von dieser Seite wenig zu erwarten. Nur von einem rapiden Preisabfall können wir eine Besserung erwarten. Staat, Gemeinden und gemeinnützige Wohnungsgesellschaften können den Wohnungsmarkt beeinflussen; mehr werden sie niemals leisten. Ohne den Hausbesitzer, d. h. ohne das Privatkapital, ist eine Beseitigung der Wohnungsnot unmöglich. Das Privatkapital muß aber ganz naturgemäß eine angemessene Verzinsung erhalten, was bei der heutigen Lage undenkbar erscheint. Für die in der Gegenwart erbauten Wohnungen ist der Mietpreis der oberste und breitest. In volkswirtschaftlichem Interesse geht es nicht an, dem Privatkapital die normale Verzinsung zu entziehen oder — was noch schlimmer wäre — den Mietpreis der alten, früher erbauten Häuser, aufgrund der Herstellungskosten der neuen Häuser zu regeln. Aus alledem ergibt sich, daß die Beseitigung der Wohnungsnot eng mit unserer ganzen Wirtschaftspolitik zusammenhängt. Nur durch Konsolidierung unserer inneren Politik, das heißt durch den Abbau aller Preise, werden wir dem Privatkapital ein ausreichendes Feld der Tätigkeit im Baugewerbe geben und damit der Allgemeinheit dienen.

Die gegenwärtige Lage auf dem Wohnungsmarkt wird auf die Dauer zu schweren sozialen Erschütterungen führen. Nicht allein das. Auch in moralischer Beziehung zeitigt Wohnungsnot furchtbare Folgen. Doch sei hier nur der sozialen Seite gedacht. Angebot und Nachfrage bestimmen bekanntlich den Preis. Da die Nachfrage groß, das Angebot gering ist, so steigen die Preise für die Wohnungen. Niemand aber wird der brave Mieter so empfindlich getroffen, als wenn ihm der Hausbesitzer eine höhere Mietsumme präsentiert. Nun kann und soll nicht bestritten werden, daß in mehr oder minder zahlreichen Fällen Mietsteigerungen vorgenommen wurden, die nicht begründet waren. Solche Mißgriffe Einzelner führen dazu, daß sich die Mieter allerwärts organisieren, um ihre Interessen gegenüber den Hausbesitzern zu wahren. Dagegen ist an sich gewiß nichts einzuwenden. Was man aber haben wie drüber verlangen muß, ist Gerechtigkeit und Objektivität. Es gibt gute und schlechte Hausbesitzer, es gibt aber auch gute und schlechte Mieter. Die Lage des Hausbesitzers war in den letzten Jahren wenig rosig. Davon wissen beispielsweise die Wiesbadener Hausbesitzer zu fingen und zu sagen. Vor dem Kriege war die Verzinsung des angelegten Kapitals mäßig, die für die Verwaltung des Hauses aufgewandte Arbeit machte sich in den meisten Fällen überhaupt nicht bezahlt. Im Kriege selbst wurden meistens die Hypotheken gekündigt, was eine ganz selbstverständliche Folge der hohen Kriegsanlei-

hen war. Wo nun plötzlich eine neue Hypothek aufnehmen? Lange bevor an eine Steigerung der Mieten zu denken war, stiegen die Reparaturkosten enorm. Man macht nun geltend, daß keine Reparaturen vorgenommen wurden. Abgesehen von der Unrichtigkeit einer solchen allgemeinen Behauptung, daß man die Reparaturen bei einem Wohnungswechsel nicht übersehen darf, zweitens nicht vergessen, daß einmal die Ausbesserungen vorgenommen werden müssen, wenn die Rohmaterialien vorhanden sind. Und dann werden sich Preise einstellen, die heute schon in die Miete hineinkalkuliert sind. Die Mieter müssen auch bedenken, daß bei der allgemeinen ungeheuren Zerstörung schließlich die Wohnungsmiete nicht unberührt bleiben kann. Wer den Dichter will verstehen, muß in Dichters Lande gehen. Und wer die Sorgen eines Hausbesitzers würdigen will, mühe eigentlich selbst Hausbesitzer sein. Es bleibt noch eine offene Frage, ob man nicht die Mieter zu einem einwandfreien Urteil erzieht, indem man ihnen gegen etwas herabgesetzte Miete die inneren Reparaturen überläßt, wie das durch zahlreiche Wohnungsbaugesellschaften geschieht. Auf diese Weise ist man aus einem Saus in einen Paulus geworden. Tatsächlich ist — das muß immer festgehalten werden — die Wohnungsnot von all den Gegenständen des täglichen Bedarfs am wenigsten gesteigert worden. Es wird Aufgabe der Mietervereine sein, neben Wahrung der Interessen ihrer Mitglieder die Mieter zu einer gerechten Würdigung der Lage des Hausbesitzers zu erziehen. Das dient dem sozialen Frieden. Insbesondere müssen jetzt in der Zeit der Notwendigkeit die Wohnungsfunktionen über die Situation auf dem Wohnungsmarkt aufgeklärt werden. Bei der gegenwärtigen inneren Zerrissenheit können wir uns den „Massenkampf zwischen Hausbesitzer und Mieter“ wirklich nicht leisten. Die Mietervereine müssen auch bedenken, daß ohne und gegen den privaten Hausbesitz keine Justizialverhältnisse zu schaffen sind. Weil aus Privatkapital durch die Ungunst der Zeit am Baugewerbe ausgeschaltet ist, haben wir noch lange über Mangel an Wohnungen zu klagen.

Andererseits ist Wohnungswirtschaft das schlimmste, was einem Volke drohen kann. Wo solcher Hunger sich findet, muß er rücksichtslos niedergeschlagen werden. Gemeinnützige Genossenschaften, die sich den Bau von Häusern zum Ziele setzen, sind darum sehr zu begrüßen. Sie können den privaten Hausbesitz zwar niemals ersetzen, doch ist ihnen eine preisregulierende Möglichkeit gegeben. Für das erste geben die Städte an die Arbeit, um schnell Häuser zu errichten. In Köln ist inzwischen schon Vorbildliches geschaffen. Aber das geschieht auf Kosten der Feuergefährlichen Allgemeinheit. Wogegen nichts einzuwenden ist, weil es sich um einen dringenden Notstand handelt. Zurzeit bestimmen in erster Linie Material und Löhne die Kosten eines Hauses. Sobald indes genügend Material vorhanden, wird die Bodenfrage mehr und mehr in den Vordergrund treten. Hier ist es schon leichter, durch Gesetz auszugreifen, wenn nur der Wille besteht. Jedenfalls muß man den besetzten Stellen heute immer wieder zurufen: Euer Versuch, auf Kosten der Allgemeinheit die Wohnungsnot zu beheben, bleibt ein Schlag ins Wasser! Freie gesunde Wirtschaftspolitik, nehmst du den Abbau der Preise vor. Dann wird das Privatkapital sich bald auf das Baugewerbe stützen und in Monaten das auswege bringen, was ihr in Jahren und Jahrzehnten nicht erreicht!

Die Reichsregierung und die Rheinlande

In der Kölner Stadtverordneten-Versammlung gelangte am Donnerstag auch die Frage der Entschädigungspflicht des Reiches für die durch den Krieg, Kriegsangriffe usw. betroffenen Personen zur Sprache. Stadtverordn. Verh. (liberal) bezeichnete es als unerbötlich, daß die seit 1917 angeforderte reichsrechtliche Regelung bis jetzt noch nicht erfolgt ist. Darin sei auch ein drastischer Beweis der so viel bekämpften Vernachlässigung der westlichen Vandalen durch die Berliner Regierung zu erblicken. Oberbürgermeister Dr. Adenauer bezeichnete es gleichfalls als einen unerhörten Skandal, daß trotz aller möglichen Vorkehrungen der Stadt bei der Berliner Stellen noch immer keine reichsrechtliche Regelung der Entschädigungsanträge der Opfer des unalltäglichen Krieges angriffe vom Freitagstag 1918 erfolgt sei, so daß die Stadt die Opfer noch immer durch Vorkehrungen unterhalten muß. Stadtverordn. (liberal) hat den Oberbürgermeister, bei der Berliner Stellen dieserhalb abermals vorst. Stellung zu nehmen und schnellstens Abhilfe zu fordern unter besonderem Hinweis auf die von den Vertretern der Regierung bei den jüngsten Besprechungen in Weimar, Düsseldorf usw. betonte angebliche Beile der Reichsregierung für die Bewohner der Rheinlande und auf die Lage des Entschädigungswesens bezüglich ihrer Ansprüche, wenn nicht anders die Bevölkerung zu der Überzeugung kommen soll, daß die Reichsregierung der Berliner Regierung zu Platonisch seien, um daran glauben zu können.

Die Geldschönungen in Frankfurt

Frankfurt a. M., 4. Aug. Die Polizei verhaftete 16 Personen, meistens 20-22jährige arbeitsscheue Jünglinge aus Hanau, die seit längerer Zeit größere Summen Goldmünzen mit dem üblichen Aufgeld in Frankfurt zu verkaufen suchten. Die Schieber mußten ihren Diebstahl für das Goldstück 75 Mark bezahlen. Der von ihnen erzielte Mehrertrag gehörte ihnen. Im letzten Samstag gelang es nun der Hanauer Polizei, drei Schieber dabei abzufassen, als sie

600 Goldmünzen Kriminalbeamten, die sich als Käufer ausgegeben hatten, ausstapfen wollten. In die Sache ist als Goldlieferant auch der Hanauer Bankier Bacharach verwickelt. Da kein Grundveracht vorliegt, wurde die Gesellschaft vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt. Die 600 Goldmünzen wurden dem Reichsbank zugewiesen.

Wirtschaftliche Demobilisierung der Frau

Weimar, 2. August. Frauen aller Parteien der Nationalversammlung haben folgende Interventionen eingebracht: Für die wirtschaftliche Demobilisierung der Frau sind vom Demobilisationsamt Richtlinien herausgegeben, in denen die Verhältnisse der durch die Entlassung von männlichen Berufsangehörigen betroffenen Frauen aufgeführt sind. Tatsächlich vollziehen sich unter dem Druck männlicher Berufsorganisationen, teilweise geradezu auf Anordnung der lokalen Demobilisationsämter, die Entlassungen in einem Umfang und in einer Art und Weise, in der nicht nur eine schwere Ungerechtigkeit den Frauen gegenüber liegt, sondern aus der auch schwere soziale und sittliche Gefahren sich ergeben müssen. Es ist unverständlich, daß die aufgestellten Richtlinien unwirksam bleiben. Sind der Regierung diese Tatsachen bekannt und ist sie entsprechend ihrem Programm bereit, durch Befragung von Frauen zur Mitwirkung bei allen Stellen, die mit sozialpolitischen Maßnahmen betreffen, die Frauenarbeit zu tun haben, eine ausgleichende Rücksichtnahme auf die arbeitenden Frauen zu gewähren?

Zahlen gegen Erbsenbergs Finanzplan

Dresden, 3. August. Das Gesamtministerium lehnte Erbsenbergs Finanzplan der Steuererhebung durch das Reich ab, da er die Selbstständigkeit der Einzelstaaten und Gemeinden schwer gefährde.

Landrats-Niederlegung

Weimar, 2. August. Abgeordneter Schumann (Ztr.) hat auch Mitglied der deutschen Nationalversammlung ist, hat zugunsten des Vorstehenden des preussisch-bessischen Landratsverbandes Verbands-Vorstand Heinrich Schmidt sein Mandat in der preussischen Landesversammlung niedergelegt.

General Pershing in Koblentz

Koblentz, 4. August. Der Oberkommandierende der amerikanischen Armee, General Pershing, ist in einem kühnen Aufenthalt hier einetroffen. Von hier begibt er sich nach Frankreich, um alle Schlachtfelder zu besuchen, auf denen amerikanische Truppen gekämpft haben.

Die Rückwanderung

New York, 2. August. Die „New Yorker World“ bringt folgende Auslassung des Einwanderungskommissars Howell im Hafen von New York: Es ist eine Rückwanderung der verschiedenen Volksstämme im Gange. Die Fremden kehren nach Europa zurück, so schnell sie nur Gelegenheit finden können. Die Schiffe nach Südamerika sind überfüllt. Tausende warten auf ihre Pässe. Bis jetzt bestehen die Rückwanderer hauptsächlich aus Italienern und anderen südeuropäischen Völkern. Die allgemeine Abwanderung beträgt 1 1/2 Millionen. Im Ganzen könne man in den nächsten drei Jahren auf fünf Millionen Abwanderer rechnen. Der Hauptgrund ist die Schinderei nach den Geburtsländern. Die Rückwanderer haben in Amerika so viel Erfahrung gemacht, daß sie unter den lebenden Verhältnissen von den Jähnen in Europa leben können. Die amerikanische Bankenvereinsleitung schätzt die Kapitalabwanderung auf 4 Milliarden Dollar. Nach Zentralamerika wird die Rückwanderung nicht geringer sein. Dasselbe glaubt, daß die amerikanische Industrie diese Bewegung hart fühlen wird, weil die Einwanderung keinen Ausgleich bildet. Er weist in diesen Beziehungen auf den Verlust des amerikanischen Arbeiterverbandes hin, die amerikanischen Einwanderungsämtern auf zwei Jahre zu sperren, dem die Regierung sich angeschlossen hat.

Verkehr Kopenhagen-Berlin

Kopenhagen, 3. August. Eine durchgehende Schnellverkehrsverbindung zwischen Kopenhagen und Berlin über Gleders-Barmünde wird nach Zeitumrechnungen ab heute wieder hergestellt. Die Entente-Kommission, die vor einigen Tagen nach Barmünde reichte, um die Abfertigung der beiden deutschen Züge an die Entente vorzubereiten, entschied, daß die beiden Züge wegen ihrer besonderen Bestimmung in den beiden Zügen verbleiben und heute wieder in Dienst gestellt werden sollen. Auch die zweite dänische Züge wird demnächst den Betrieb wieder aufnehmen.

Kardinal Mercier

New York, 4. August. Kardinal Mercier wird Mitte September in New York eintreffen und mehrere andere große amerikanische Städte besuchen.

Streik gekheitert

Lissabon, 5. August. (Davas.) Die Lüge verbreiten wieder. Wie die Blätter melden, ist der Streik der Eisenbahner vollständig gekheitert.

Der Beschluß der Umstürzer

Bern, 4. August. Die entschlossene Haltung der Bundesregierung, die politische Einheit der Schweiz des Volkes und wohl auch der erkennbare Niederkampf des Volkswillens in den anderen Ländern haben den Umstürzern das Spiel verändert. Die mittels des Landesstreiks die Schweiz in die Revolution treiben wollten. Die kaiserliche Rota Luzern, Rota Olmutz in Basel, hat zu früh gekheitert, als sie ansetzte. Jetzt haben wir die Revolution! Die Revolution kommt nicht. Der Zustand bleibt auf Basel und Olmutz beschränkt. Der Beschluß der Berner Arbeiterunion, die Beteiligung am Ausbruch abzulehnen, hat besonders in Zürich tiefen Eindruck gemacht. Die Haltung der Truppen ist ausgezeichnet. Die Verfechter der Behörden sind streng und zweckmäßig. Da in Basel die bürgerlichen Mütter durch die Ausständischen am Erbsenen verhindert werden, während der sozialistische Vorwärts ungehindert weiterverbreitet, hat die Militärbehörde auch kein Erscheinen unterdrückt. — Die Niederholung

Verkehrsnachrichten

Verkehrsleistungen im Bereiche der X. Armee
mz. Köln, 5. August. Von morgen, 6. Aug. ab treten nach einer Bekanntmachung im Bereiche der X. Armee Änderungen in den Verkehrsbestimmungen ein, in Form von Uebergangsbestimmungen. Danach ist der freie Verkehr zu Fuß, zu Wagen, zu Pferd und mittels Fahrrad Tag und Nacht mit rotem Ausweis jedem gestattet. Die Polizeibehörde wird bis Mitternacht ausgedehnt. Ferner ist u. a. vorgeschrieben: Rückgabe der Jagdwaffen und der aus Sammlungen stammenden Waffen, Erlaubnis zur Jagd und Fischeri auf Private und Gesellschaften; die darum einkommen. Bei Reisen ins unbesetzte Gebiet können Gesellschaften bis zu vierköpfiger Dauer ausgehelt werden. Der Fernverkehr ist im ganzen Armeegebiet frei.

Attentat

mz. Los Angeles, 5. August. (Davas.) Eine Bombe zerstörte die Wohnung des Generalstaatsanwalts Fowler. Seine Frau wurde schwer verletzt. Das Attentat wird Anarchisten zugeschrieben, mit denen der Generalstaatsanwalt im vergangenen Jahre gerichtliche Kämpfe hatte.

Unschonbare Verpackung

mz. Berlin, 5. Aug. Bei der Rückführung der aus Belgien und Frankreich entnommenen Maschinen mehrten sich in der letzten Zeit die Klagen der belgisch-französischen Kommission über die schlechte und unschöne Verpackung der zurückgeführten Maschinen. Ein Teil der Maschinen fiel auch während des Transportes um und wurde schwer beschädigt. Im eigenen Interesse der deutschen Verender betonen die belgischen mit der Rückführung betrauten Behörden, daß auf guter Verpackung größte Sorgfalt zu legen ist. Für alle infolge unschöner Verpackung entstandenen Schäden haben die Abnehmer selbst aufzukommen.

Die Botschaft am 9. November 1918

Berlin, 5. August. Prinz Max von Baden macht jetzt Mitteilung über das Telephonat, das er am 8. November abends mit dem Kaiser gehabt hat. Das Gespräch habe ungefähr 20 Minuten gedauert und sei vom Kaiser mit großer Heftigkeit geführt worden. Der Kaiser war, schreibt Prinz Max, erschreckt unorientiert über die Stellung der Truppen zu seiner Person, sprach von einer militärischen Expedition gegen Berlin und meinte, seinen Vorschlag zur Abdankung überbringt zu erwägen. Hätte die Oberste Heeresleitung dem Kaiser am 8. November die Wahrheit über die Armee gesagt, die sie endlich am 9. November mitteilte, so wüsste er nicht, daß der Kaiser am 8. November abends den Thronverzicht ausgesprochen hätte. Dann hätte es nach menschlichem Ermessen am 9. November in der Nacht der Reichsrevolutionen geendet, den größten Teil der Arbeiter in den Fabriken zurückzuführen. Gewiß, es wäre auch dann zum Aufbruch gekommen, aber er wäre auf die radikalen Elemente beschränkt geblieben. Die Truppen hätten sich in Berlin zuverlässig gehalten. Denn der gefährlichste Verhängnispunkt zwischen den anfechtenden Arbeitern und den Soldaten war die Tatsache, daß der Kaiser nicht abgedankt hatte.

Die Kriegsgefangenen

mz. Berlin, 5. August. Wie wir erfahren, geben die Alliierten noch nicht die Erlaubnis zur Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien. Ebenso konnte noch keine deutsche Hilfsaktion nach Sibirien entfacht werden. Für die Gefangenen wird monatlich eine Million Mark aufgewendet. Zur Befahrung von Winterwegen haben 12 Millionen Mark zur Verfügung, doch hat sich die Regierung noch nicht damit abgefunden, daß die Gefangenen aus diesen Mittel noch in Sibirien bleiben sollen.

Verhaftet

mz. München, 5. August. Aus Wien wird gemeldet. Der Schiffstoch und Wegwerf Alois Lindner, der unter dem Verdacht verhaftet wird, den Zentrumsparteiangehörigen Oefel und den Major Aabrin im bayerischen Landtag erschossen und den ehemaligen Staatsminister Auer schwer verletzt zu haben, wurde am Abend des 4. August beim Überqueren der Grenze Ungarns in Sommerein verhaftet. Lindner, der bei der Festnahme einen Selbstmordversuch unternahm, ist gefesselt, auch auf den Wästen Auer, in dem er einen Gegenrevolutionär vermutete, einen Revolverstich abgefeuert zu haben. Er diente in der letzten Zeit bei der roten Garde in Budapest. Nach dem Zusammenstoß der Regierung hielt er die Zeit für gekommen, sich in Sicherheit zu bringen.

Aus dem Reichs Ernährungsministerium

Berlin, 5. August. Das Reichs Ernährungs- und das Reichswirtschaftsministerium werden in gewisser Umfang zusammengelegt werden. Infolgedessen haben eine größere Anzahl von Abteilungsleitern des Reichs Ernährungsministeriums ihr Abtrittsgeld eingereicht. Die Entscheidung über die personellen Veränderungen dürfte schon in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden.

Ende des Frankfurter Kettnerstreiks

mz. Frankfurt a. M., 5. August. Der Kettnerstreik ist heute vormittag auf Wunsch einer hart bedrängten Belegschaft der Waffhausangehörigen für beendet erklärt. Die Arbeiter haben zugestimmt, bis zum 1. September einen Teil unter Verfall der Lohnforderung und Gewährung einer Lohnerhöhung von 20 Prozent mit den Angehörigen abzusprechen.

